

3401/J XX.GP

Anfrage

der Abg. Ing. Reichhold, Wenitsch, Aumayr, Koller Dr. Salzl  
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

betreffend unrichtige Anträge auf Flächenprämien, zu hohe  
Milchquoten in anderen EU-Mitgliedstaaten

Im Jahresbericht des EU-Rechnungshofes 1996 wird festgestellt,  
daß die Überprüfung der Anträge auf Flächenprämien folgendes  
Resultat brachte:

Beim Neumitglied Österreich waren 7 % der Anträge unrichtig,  
bei den Alt—Mitgliedstaaten dagegen wesentlich mehr, nämlich  
Italien 55 %, Deutschland 53 %, Luxemburg 56 % unrichtige  
Anträge auf Flächenprämien.

Während also die Fehler in Österreich auf Informationsmangel  
Zeitdruck und Umstellungsprobleme zurückzuführen waren,  
hat der Schwindel in den Altstaaten offenbar Methode. Die  
hohen Schwindelprozentsätze erstaunen um so mehr, als die  
Landwirte in Italien schon 10 Tage vor anstehenden Flurbegehungen  
durch die EU-Inspektoren von den italienischen Behörden vorge-  
warnt wurden, um nicht des Mißbrauchs von Flächenhilfen überführt  
zu werden. In Frankreich betrug die Vorwarnfrist ‚nur‘ 48 Stunden,  
ein Ansuchen um Fristverlängerung wurde aber gewährt.

Die FPÖ-Abgeordneten haben also zu Recht im Budgetausschuß  
auf die Diskrepanzen bei der Hartweizenförderung zugunsten  
Italiens und Frankreichs und zu Lasten Österreichs aufmerksam  
gemacht. Dieser Umstand wurde aber vom Bundesminister für Land—  
und Forstwirtschaft als uninteressant abqualifiziert.

Ähnliche Mißstände bei den Milchquoten in Italien werden  
derzeit festgestellt, was zu wütenden Protesten der Beschul-  
digten führt, obwohl sich der italienische Staat bereit er-  
klärt, einen Teil der von der EU verlangten Rückforderungen  
für zuviel bezogene Förderungen kompensieren zu wollen.

Österreichische Bauern können seitens österreichischer Behörden  
und Quasibehörden (z.B. AMA) keinesfalls mit solch großzügigem  
Entgegenkommen rechnen: fehlerhafte Anträge wurden retourniert,  
Förderungen wurden gestrichen, Fristversäumnisse durch Förde-  
rungsentzug bestraft. Dies hat viele Betriebe an den Rand der  
Existenz gebracht. Aber auch erfolgreiche Förderungswerber  
sind im Nachteil gegenüber jenen Schwindlern in den Altstaaten,  
die mit Deckung ihrer Behörden wesentlich höhere Flächenprämien  
und Quoten lukrieren, als ihnen aus dem EU-Haushalt zustehen  
würden.

Dieser Schwindel wird von Österreich als Nettozahler finanziert,  
anstatt den österreichischen Bauern die reibungslose Teilnahme  
am EU-Agrarmarkt zu ermöglichen.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn  
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die nachstehende

### A n f r a g e

1. Wie lautet Ihre Stellungnahme zum Jahresbericht des EU-Rechnungshofes 1996 hinsichtlich der Fehlerprozent-sätze bei den Anträgen auf Flächenprämien
  - a) in den alten Mitgliedstaaten,
  - b) beim Neumitglied Österreich ?
2. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die EU die im großen Stil erschwindelten Flächenprämien von den alten Mitgliedstaaten eintreibt ?
3. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß diese 1996 ausbezahlten und rück zu fordernden Mittel als Starthilfe an jene Betriebe in den neuen Mitgliedstaaten ausbezahlt werden, deren Arbeitsplätze wegen des durch den großangelegten Schwindel geförderten Marktdruckes auf die inländische Produktion gefährdet wurden?
4. Werden Sie sich aufgrund des zutage getretenen Schwindels in den alten Mitgliedstaaten für eine Neuverteilung der geförderten Flächen auf die 15 Mitgliedstaaten auf einer realistischen Basis einsetzen ?
5. Werden Sie in diesem Lichte auch eine Neuverteilung der Hartweizenflächen zugunsten Österreichs fordern, wie dies die FPÖ-Abgeordneten im Budgetausschuß bereits angeregt haben ?
6. Werden Sie diese Haltung auch bei der Aufteilung der EU-Milchquoten einnehmen, damit z.B. Österreich einen ehrlichen Anteil an den erschwindelten Italienischen Quoten erhält?
7. Was werden Sie gegen die Benachteiligung der ehrlichen und sanftmütigen österreichischen Bauern unternehmen, die sich ausufernde Kontrollen durch die AMA, oft sogar im vorhinein, gefallen lassen, während Landwirte in den Altmitgliedstaaten mit Deckung ihrer nationalen Behörden EU-Kontrolleure an der Nase herumführen oder gar bedrohen ?
8. Befürworten Sie die Kärntner Initiative einer Haftpflichtversicherung für Beratungsleistungen von LWK- oder AMA-Beratern, um die betroffenen Bauern bei Beratungsfehlern schadlos zu halten, auch in den anderen Bundesländern ?